

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer EntschlieÙung

35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Vor 35 Jahren befreiten sich die Menschen der DDR von der SED-Diktatur. Mit Mut und Entschlossenheit gingen sie im Herbst 1989 für Reformen und Freiheit auf die Straße, mit der Gefahr, verhaftet und misshandelt zu werden. Nun feiert Berlin in diesem Jahr das 35. Jubiläum der Friedlichen Revolution, die den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands nach 28 Jahren Teilung bereitete.

Mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 festigte die SED einen Staat, der seine Bevölkerung massiv überwachte, kontrollierte und unterdrückte. Meinungs- und Versammlungsfreiheit bestanden nur auf dem Papier, eine unabhängige Presse und parlamentarische Opposition existierten nicht. Ein Netz von hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit spionierte die Bevölkerung aus und erzeugte Angst. Durch sogenannte Zersetzungsmaßnahmen wurden politische Gegner psychisch unterdrückt und verfolgt. Viele Menschen leiden noch heute unter den Folgen dieser Maßnahmen. Jugendwerkhöfe und Haftanstalten, in denen die Inhaftierten gefoltert wurden, zeugen von der menschenverachtenden Politik der DDR. Die Zulassung zum Studium und auch generell Beteiligungs- und Aufstiegschancen hingen von der gesellschaftlichen Klasse oder politischen Einstellung ab.

Durch den Einsatz aktiver Bürgerinnen und Bürger kam es am 7. Mai 1989 erstmalig zur umfassenden Aufdeckung der staatlichen Wahlfälschung. Obwohl das niemand zu dem Zeitpunkt wusste, dauerte es danach nur noch sechs Monate bis zur Öffnung der Berliner Mauer. Bis dahin demonstrierten an jedem 7. des Monats Menschen zunächst vor der Berliner Sophienkirche und später am Alexanderplatz gegen die Wahlfälschung und für freie Wahlen in der DDR.

Die Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich am 11. September 1989 und die Chance, über westdeutsche Botschaften in Prag oder Warschau auszureisen, markierten einen entscheidenden Moment, der vielen Menschen in der DDR und Osteuropa neue Hoffnung auf Freiheit und Veränderung brachte.

Nachdem am Abend des 9. November 1989 von der SED verkündet wurde, dass eine Ausreise aus der DDR unverzüglich möglich sei, versammelten sich Tausende Menschen vor den Grenzübergängen in Ost-Berlin. Es war unklar, ob die Grenzsoldaten schießen oder ob sogar sowjetische Truppen einschreiten würden. Trotzdem zeigten die Menschen den Mut und die Entschlossenheit, die Grenze zu übertreten. Gegen 23:30 Uhr öffneten die Soldaten am Grenzübergang Bornholmer Straße endgültig die Grenze nach West-Berlin.

Die Ereignisse in der DDR wären aber auch nicht ohne die Entwicklungen in den anderen osteuropäischen Ländern denkbar gewesen, wie zum Beispiel der Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen, der Charta 77 in der Tschechoslowakei oder den Reformen ‚Glasnost und Perestroika‘ Gorbatschows in der Sowjetunion.

Durch den Fall der Mauer am 9. November 1989 fiel der Eiserne Vorhang in Europa endgültig und es wurde das Zeitalter der Demokratie in Osteuropa eingeleitet. Seitdem haben sich die Länder des ehemaligen Ostblocks wirtschaftlich und gesellschaftlich stark entwickelt. Viele sind der EU und NATO beigetreten. Heute stehen alle Länder vor großen gemeinsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Während in der EU darum gekämpft wird, die Demokratie zu schützen, hat sich Russland zu einer Diktatur mit faschistoiden Zügen entwickelt. Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ist der Zusammenhalt der demokratischen Länder umso wichtiger.

Auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution wirkt die Geschichte in den Menschen nach. Es gibt weiterhin Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern; zwischen Ost- und West-Berlin. In den Eliten der Gesellschaft sind Ostdeutsche noch immer stark unterrepräsentiert und die Durchschnittseinkommen der Arbeitnehmer ungleich.

Der massive Wegbruch von Arbeitsplätzen und der Industrie vor Ort führte bei manchen Ostdeutschen zu einem Transformations- und Einheitsschock. Dabei ist der wirtschaftliche Aufschwung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht zu übersehen. So wies etwa die Hauptstadtregion mit Berlin und Brandenburg auch 2023 ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf. Viele Prozesse haben jedoch zu lange gedauert. So wurden die Renten erst nach 34 Jahren angeglichen. An einer gemeinsamen Identität, Ost und West, muss nach wie vor weiter gearbeitet werden.

Wir stehen heute vor neuen Herausforderungen. In Deutschland erleben wir mit Sorge das Erstarken von populistischen und extremen Kräften.

Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ gingen die Menschen im Herbst 1989 in der ganzen DDR auf die Straßen. Heute wird der Slogan der Friedlichen Revolution von jenen Menschen missbraucht, die die Errungenschaften der damaligen Revolution begraben wollen. Populistische Parteien bedienen sich aktiv eines ostdeutschen Opfernarrativs und entwürdigen somit die hart erkämpften Freiheiten.

Aus den Erfahrungen der Teilung folgt die Aufgabe, uns auch für die Menschen einzusetzen, die in anderen Ländern politisch verfolgt werden. Denn so wie die Menschen in der DDR mit der Gefahr für ihr Leben auf die Straße gegangen sind, um für eine bessere Zukunft zu demonstrieren, so hat das auch heute Vorbildcharakter für all jene, die unterdrückt werden und um ihre Freiheit kämpfen.

Berlin hat als Bundeshauptstadt eine besondere Stellung in der Geschichte der Friedlichen Revolution und im nachfolgenden Prozess der Wiedervereinigung. Auch wenn Mauer und Todesstreifen nicht mehr das Stadtbild prägen und vielen jungen und neuen Berlinern die Unterschiede zu damals nicht mehr sofort auffallen, ist die Stadt noch immer von der Teilung gezeichnet. Die Spuren der Spaltung sind tief in der Infrastruktur, in den Lebensgeschichten und Erfahrungen der Menschen verankert.

Es ist wichtig, dass diese Geschichten und Erfahrungen nicht vergessen werden. Der Austausch und die Aufarbeitung über die Zeit der Teilung und Wiedervereinigung müssen aktiv gefördert werden, damit die Stadt weiterhin als Ort der Erinnerung und des Zusammenwachsens wahrgenommen wird. Hierdurch entwickelt sich Berlin und wird weiter zu einem Ganzen.

Die Stadt Berlin verfügt über zahlreiche Gedenkstätten, die an die DDR, die Bürgerbewegungen und den Prozess der Wiedervereinigung erinnern. Die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, das ehemalige Gefängnis der Staatssicherheit in Hohenschönhausen, das ehemalige Polizeigefängnis in der Keibelstrasse oder auch der wachsende Campus für Demokratie mit dem zu errichtenden Forum Opposition und Widerstand in Lichtenberg sind wichtige Orte, die die Geschichte von Diktatur, Widerstand und Wiedervereinigung lebendig halten. Hier finden Reflexion und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit statt, und die politische Bildung von zukünftigen Generationen wird gefördert.

Wir fordern daher den Senat auf, diese Arbeit weiterhin zu unterstützen und fortzusetzen. Die gemeinsame Erinnerung auch an künftige Jubiläen wichtiger Daten im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung unserer Stadt muss ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur und der Demokratieförderung bleiben.

Berlin ist die Stadt der Freiheit. Doch gerade heute muss uns allen klar sein, dass Demokratie und Freiheit bedroht sind und jeden Tag verteidigt werden müssen.

Berlin, den 22. Oktober 2024

Jarasch Graf Otto
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen